

Schweden

RUTGER LINDAHL

Die Ratspräsidentschaft war für Schweden ein prägendes Ereignis im ersten Halbjahr 2001. Regierung wie Opposition aktualisierten und kommentierten ihre Positionen zur Präsidentschaft in einer Vielzahl von Stellungnahmen. In den Medien gab es eine intensive Berichterstattung über EU-Fragen. Die drei Hauptthemen – Beschäftigung, Erweiterung, Umwelt – erschienen immer wieder als Aufmacher. Die Opposition kritisierte nur gelegentlich, dass die Regierung die drei Kernthemen nicht durch ein viertes, die Währungsunion, ergänzt habe. Die Regierung begründete ihre Prioritätensetzung mit dem Verweis auf ihre Strategie, den Schwerpunkt ihrer Präsidentschaft nur auf zentrale und gemeinsame Interessen der EU legen zu wollen. Das Thema der schwedischen Mitgliedschaft in der Währungsunion wäre kein Thema der Präsidentschaft, sondern würde rechtzeitig in einem primär innenpolitischen Kontext behandelt werden.

Rückblickend lässt sich zusammenfassend sagen, dass die veröffentlichte Meinung sowohl in Schweden wie in anderen Ländern die schwedische Präsidentschaft als Erfolg wertete. So wurde die Beschäftigungspolitik beim Sondergipfel in Schweden wenigstens einen kleinen Schritt voran gebracht. Im Bereich des Umweltschutzes konzentrierte sich das öffentliche Interesse auf die Bemühungen, die USA und andere Länder außerhalb der EU von der Notwendigkeit des Kyoto-Protokolls zu überzeugen. Obwohl hier die schwedischen Versuche letztlich nicht erfolgreich waren, attestierte man der schwedischen Präsidentschaft doch, das Thema richtig angegangen und einige konkrete Schritte zur Förderung eines nachhaltigen Umweltschutzes in Europa getan zu haben. Die Erweiterung gilt sowohl in den Parteien, unabhängig von ihrem Platz im Parteienspektrum, wie in der Bevölkerung als eines der entscheidenden politischen Ziele der EU, das innerhalb der nächsten Jahre erreicht werden soll. Die geplante Erweiterung gilt als eine der zentralen Fragen des politischen, sozialen, wirtschaftlichen wie sicherheitspolitischen Stabilisierungs- und Wachstumsprozesses in Europa. Als die österreichische und die deutsche Regierung eine siebenjährige Übergangsfrist bei der Freizügigkeit für Arbeitnehmer vorschlugen und die spanische Regierung daraufhin die Erweiterung mit der Zukunft der Strukturfonds verband, begannen schwedische Kommentatoren schon darüber zu spekulieren, ob die schwedische Präsidentschaft gerade bei dem Thema scheitern würde, das die größte öffentliche Aufmerksamkeit erhalten hatte. Der schwedischen Präsidentschaft gelang es jedoch rechtzeitig zum Gipfel von Göteborg im Juni 2001 einen Kompromiss zu erarbeiten, der die Zustimmung der

Mitgliedstaaten fand, sodass von den Schlussfolgerungen des Gipfels ein positiver Impuls für die Endphase der Verhandlungen ausgehen konnte.

Neben den drei Hauptthemen diskutierte man in Schweden die Vorschläge der Präsidentschaft, die Entscheidungsprozesse in der EU transparenter zu gestalten. Die Ergebnisse dieser Bemühungen wurden überwiegend mit positiven Kommentaren bedacht. Ebenfalls große Aufmerksamkeit erhielten Aktionen der Präsidentschaft im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die vor allem mit Außenministerin Anna Lindh verbunden wurden. Das Interesse konzentrierte sich vor allem auf die Bemühungen, die EU in eine zentrale Position bei den Friedensverhandlungen im Nahen Osten zu bringen. Ein anderes schlagzeilenträchtiges Thema in den schwedischen Medien, das der Präsidentschaft wie dem Ministerpräsidenten Persson ein positives Presseecho einbrachte, war der Versuch, das Klima der Verhandlungen zwischen Nord- und Südkorea zu fördern. Die gilt auch für den Besuch des amerikanischen Präsidenten George W. Bush im Juni in Göteborg, auch wenn die Diskussion um das Kyoto-Protokoll nicht erfolgreich verlief.

Bevor die schwedische Regierung die EU-Präsidentschaft von Frankreich übernahm, kreiste die innenpolitische Debatte um die Frage, ob die linken und die rechten Oppositionsparteien ihre Kritik an der als zu überschwänglich bzw. zu zögerlich empfundenen Europapolitik der sozialdemokratischen Minderheitsregierung abschwächen würden. Rückblickend lässt sich sagen, dass sich die Opposition sowohl während wie nach der schwedischen Präsidentschaft eher zurückhielt – abgesehen von der gelegentlich scharfen Kritik der Linkspartei und der Grünen Partei.

Die Regierung wie die pro-europäischen Parteien und Organisationen hegen die Hoffnung, dass die Präsidentschaft einen substanziellen Wandel in der öffentlichen Meinung zur schwedischen EU-Mitgliedschaft mit sich bringen würde. Kürzlich veröffentlichte Umfragen zeigen, dass die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft in der Bevölkerung zunahm. Der Wandel war jedoch eher gering und das Meinungsspektrum ist immer noch durch eine klare Spaltung zwischen Europegegnern und -befürwortern gekennzeichnet. Dabei ist es bemerkenswert, dass beispielsweise bei den Anhängern der regierenden Sozialdemokraten die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft zunahm. Wenn sich dieser Trend durchsetzt, wird er die zukünftige Arbeit der Regierung um einiges erleichtern, besonders beim bevorstehenden Referendum über die schwedische WWU-Mitgliedschaft.

Das Nachspiel zu den gewalttätigen Protesten nach dem Gipfel von Göteborg

Die gewalttätigen Proteste während des Gipfels von Göteborg schockierten die ganze Nation. Die intensive Berichterstattung der Medien über die Ausschreitungen schwedischer und ausländischer Demonstranten, die Gegenmaßnahmen der Polizei und die massiven Zerstörungen von Schaufensterscheiben, Straßencafés und Fahrzeugen während den „Straßenkämpfen“ hinterließen einen tiefen Eindruck in der Stadt wie im ganzen Land. Aktuelle Studien zeigen, dass die Öffentlichkeit fast ohne Ausnahme die militanten Demonstranten verurteilt und die Polizei unterstützt. Kritik richtete sich gegen die Medien, denen vorgeworfen wurde, ein paar hundert

Gewalttätern eine breite Öffentlichkeit geboten zu haben, während der Berichterstattung über die friedlichen Demonstrationen, die mehr als zwanzigtausend Teilnehmer anzogen, weit weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Ebenso wurde die mangelnde substanzielle Berichterstattung über die Bemühungen, einen Dialog zwischen den Demonstranten und der Präsidentschaft in Gang zu bringen, kritisiert. Die Ereignisse von Göteborg führten zu einer langen Reihe von Gerichtsprozessen. Einige der Demonstranten wurden zu Freiheitsstrafen und zu Geldstrafen verurteilt, andere warten noch auf ihr Gerichtsverfahren. Auch Polizisten wurden angeklagt. Zu einer Verurteilung eines Polizisten ist es aber noch nicht gekommen.

Der Blick auf die Ausschreitungen während des Gipfels von Göteborg und die folgenden Prozesse lenkten das Interesse von den inhaltlichen Resultaten des Gipfels ab. Ergebnisse der letzten Umfragen zeigen, dass die Ereignisse einen negativen Einfluss auf das allgemeine Bild der schwedischen EU-Mitgliedschaft haben. Der positive Europatrend, der nach der erfolgreichen Präsidentschaft erwartet wurde, konnte sich höchstwahrscheinlich dadurch nicht voll entfalten.

Aktuelle Themen der schwedischen EU-Debatte

Der Erweiterungsprozess genießt in der schwedischen EU-Debatte großes Interesse. Dieses Interesse beschränkt sich nicht nur auf die Nachbarländer Estland, Lettland, Litauen und Polen, sondern schließt auch die übrigen Kandidaten ein. Die Bedeutung der Erweiterung für ein mögliches Ende des Zypern-Konflikts sowie die Wahlergebnisse in den Beitrittsländern und ihre möglichen Folgen erfreuen sich regelmäßig einer umfangreichen Berichterstattung und sind Teil der politischen Debatte. Im Zentrum des Interesses stehen vor allem die Verhandlungen mit Polen.

Kritisch wird eine mögliche Verzögerung im Erweiterungsprozess gesehen. Die letzten Umfragen in den Beitrittsländern zeigen, dass die Bevölkerung dort dabei ist, ihre Geduld zu verlieren. Da die Entscheidung für einen Beitritt in vielen Ländern letzten Endes durch eine Volksabstimmung getroffen wird, betonen schwedische Kommentatoren wiederholt, dass eine Verzögerung im Verhandlungsprozess ein positives Ergebnis bei den Volksabstimmungen gefährden könnte.

Das Risiko eines weniger großen Interesses an einer EU-Mitgliedschaft, das von einer zweiten NATO-Erweiterungsrunde herrühren könnte, wird in der Debatte ebenfalls thematisiert. Auch wenn Verständnis für den Wunsch besteht, in die Sicherheitsgemeinschaft der NATO aufgenommen zu werden, äußert man doch die Besorgnis über ein dadurch ausgelöstes Abflauen der Popularität eines EU-Beitritts. Dies könnte besonders dann aktuell werden, wenn ein EU-Beitritt mit schmerzhaften und langwierigen Reformen verbunden ist. Der EU wird dabei vorgeworfen, dass sie es versäumt habe, Brücken in den Osten zu schlagen, die die NATO nicht bauen könne.

Die Bemühungen der EU sich 2001 als einer der größeren Akteure im Nahost-Friedensprozess zu etablieren, erfuhren eine breite politische und mediale Zustimmung. Zum Teil wohl wegen der traditionellen schwedischen Rolle bei UN-Vermittlungen und Peace-Keeping-Missionen in der Region, aber auch wegen des

großen Interesses der Bevölkerung an einem gerechten Frieden in der Konfliktregion. Der gescheiterte Versuch der EU, eine Vermittlerrolle einzunehmen, wurde sowohl als Zeichen für die Unfähigkeit der EU gewertet, mit einer Stimme zu sprechen, als auch für ein Zeichen fehlenden wirtschaftlichen und militärischen Potenzials.

Obwohl die USA immer noch ein großes Ansehen in Schweden genießen, unterstützen die Schweden doch die Ambitionen der EU, eine starke Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Das gilt ebenso für die Lissabon-Strategie, mit der die USA auf technologischem Terrain herausgefordert werden soll, als auch für den Plan, substantielle Krisenreaktions- und Peace-Keeping-Kräfte in der EU aufzubauen. Die Ambitionen der EU, die europäische Abhängigkeit von amerikanischer Rüstungstechnologie zu reduzieren, erhalten ebenfalls Unterstützung.

Die Unterstützung der EU für den Kampf der USA gegen den Terrorismus wurde anfänglich von einer breiten Mehrheit der Schweden gutgeheißen. Schweden beteiligte sich mit militärischen und zivilen Kräften an dem Einsatz in Afghanistan. Die Anti-Terror-Gesetzgebung der EU stieß allerdings auf den Widerstand von linken und liberalen Politikern, wie auf den von Völkerrechtlern. Der Spielraum für Interpretationen sei zu groß, sodass die Gefahr einer Einschränkung demokratischer Rechte bestünde. Der Fall dreier in Schweden beschäftigter Somalis, die von den USA in Zusammenhang mit Al Qaida gebracht wurden, führte zu einer hitzigen Debatte über Bürgerrechte.

Auf innenpolitischer Bühne wurde das Weißbuch der Kommission „Europäisches Regieren“ ausgiebig debattiert. Auf lokaler und regionaler Ebene, wo das Weißbuch große Aufmerksamkeit erfuhr, waren die Reaktionen zu Vorschlägen eines intensivierten und vielleicht formalisierteren Kontakts zwischen den lokalen und regionalen politischen Körperschaften wie den Verbänden mit der europäischen Ebene vorwiegend positiv. Die nationale Ebene sah die Vorschläge der Kommission jedoch deutlich kritischer. Dies sollte im Licht der laufenden Diskussion um Pilotprojekte in manchen Teilen Schwedens zur Erprobung einer verstärkten regionalen Autonomie betrachtet werden. Die Ergebnisse dieser Projekte werden von der Regierung negativ beurteilt, da eine zunehmende ökonomische Asymmetrie zwischen den Regionen festgestellt wurde. Eine Ausweitung der direkten Verbindungen der Regionen nach Brüssel sei auch generell nicht im nationalen Interesse.

Schweden und die WWU – ein Meinungsumschwung

Schweden nimmt nicht an der dritten Stufe der WWU teil. 1997 hatte das Parlament beschlossen, dass eine abschließende Entscheidung für einen Beitritt erst noch durch ein Referendum oder eine Wahl, bei der die WWU-Entscheidung eine prominente Rolle spielt, getroffen werden soll. Offiziell hat Schweden die Kriterien für einen Beitritt nicht erreicht, da es nicht zwei Jahre lang am Europäischen Währungssystem teilnahm. Noch gibt es kein Datum für ein Referendum und die Wahlen 2002 werden nicht im Zeichen der EU und der Währungsunion stehen. Die

Schweden werden deswegen zumindest bis 2003 warten müssen, um eine Entscheidung treffen zu dürfen.

Mit wenigen Ausnahmen, wie Anfang 1999, als elf Mitgliedstaaten die dritte Stufe begannen, war die schwedische Öffentlichkeit überwiegend gegen eine WWU-Mitgliedschaft. Das Nein der Dänen im Herbst 2000 beeinflusste die öffentliche Meinung in Schweden dabei stark. Im November 2000 waren in der Folge dieser Abstimmung 55% der Schweden gegen eine Mitgliedschaft und nur ein Drittel dafür. Dieser Wert markierte ein „Allzeithoch“ in der Ablehnung der WWU durch die Schweden.

Während der schwedischen Präsidentschaft verzeichneten die Meinungsumfragen jedoch eine langsame, aber stetige Trendumkehr. Im September 2001 lagen Befürworter wie Gegner mit jeweils 44% gleich auf. Im März 2002 hatten sich die Verhältnisse umgekehrt. Jetzt waren über 50% für den WWU-Beitritt und nur noch 35% waren dagegen.

Auch wenn Wähler, die zu linken Parteien tendieren, eher gegen die WWU sind und Wähler eher konservativer Parteien mehr zur Unterstützung eines WWU-Beitritts neigen, erwächst daraus für die Parteien ein Problem. Denn keine Parteiführung kann sich vollständig auf eine eindeutige Ausrichtung ihrer Mitglieder oder Wähler verlassen. In allen Parteien gibt es wenigstens 10 bis 15% der Anhänger, die in diesem Punkt konträr zur offiziellen Parteimeinung stehen. Die Zentrumspartei und die Liberale Volkspartei können bei ihrer WWU-freundlichen Politik auf einen relativ starken Rückhalt unter ihren traditionellen Anhänger zählen. Das gleiche gilt für die Grüne Partei und die Linkspartei und deren WWU-kritische Politik. Für die verbleibenden drei Parteien ist die Lage wesentlich schwieriger.

Innerhalb der sozialdemokratischen Partei hatte es eine starke Opposition gegen die EU-Mitgliedschaft gegeben. Erst nach großen Anstrengungen war es den Sozialdemokraten 1994 gelungen, eine „vernünftige“ Zahl ihrer Sympathisanten zu einem Ja für den EU-Beitritt zu bewegen. Trotzdem stimmten immer noch 53% ihrer Anhänger dagegen und nur 46% dafür. In den letzten Jahren wurde klar, dass die sozialdemokratische Regierung erst dann ein Referendum zum WWU-Beitritt abhalten wird, wenn die Meinungsumfragen ein klares Ja in Aussicht stellen, und für dieses Ja wird sie gerade bei ihren Anhängern noch werben müssen.

Falls die Sozialdemokraten, wie die Prognosen vorhersagen, bei der Wahl 2002 zulegen können und sich der Trend zu einer WWU-freundlicheren Haltung unter ihren Anhängern fortsetzt, könnte die neue sozialdemokratische Regierung einen Termin für das Referendum frühestens zum Beginn des neuen Jahres oder aber zumindest für Frühling oder Herbst 2003 festlegen. Vor den Wahlen im September 2002 wird sich auch deswegen keine neue Entwicklung ergeben, weil sich die sozialdemokratische Minderheitsregierung im Parlament auf die WWU-kritischen Stimmen der Grünen Partei und der Linkspartei stützt. Im Wahlkampf selbst wird die WWU keine Rolle spielen, da EU-Themen, außer bei der Grünen Partei, die Anhänger eher abschrecken als mobilisieren.

Die letzte Schlacht?

Die neuesten Umfragewerte legen die Vermutung nahe, dass die Schweden mit Ja stimmen würden. Doch Langzeitanalysen der Meinungsumfragen zeigt, dass die Meinungen zur WWU sehr schwanken und stark von nationalen wie internationalen Ereignissen abhängen. Die schwedische Präsidentschaft hat sich positiv ausgewirkt und darüber hinaus noch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Persson und seine Europapolitik gestärkt.

Die Einführung des Euro am 1. Januar 2002 hatte jedoch wohl den größten Anteil am jüngsten Meinungsumschwung. Die Bargeldeinführung ließ ein sehr technisches und abstraktes Thema für Währungsexperten zu einem konkreten Alltagssthema werden, das alle Bürger verstehen. Die breite Berichterstattung in den Medien wie die Reiselust der Schweden haben sicher ebenfalls zu dem positiven Stimmungsumschwung beigetragen.

Jedoch gibt es immer noch eine Anzahl von „wenns“, die die schwedische Entscheidung beeinflussen können. Wenn das internationale Vertrauen in den Euro ab- oder zunimmt; wenn der Euro innerhalb der Eurozone akzeptiert wird; wenn Abstimmungen in Großbritannien oder Dänemark ein Ja oder ein Nein bringen; wenn sich die schwedische Arbeitsmarktsituation weiter verbessert oder wieder verschlechtert; wenn starke ökonomische Asymmetrien die Volkswirtschaften der Mitgliedsländer in Turbulenzen führen; usw.

Im Referendum um eine WWU-Mitgliedschaft wird es aber nicht nur darum gehen. Dieses Referendum wird vielleicht auch die letzte Schlacht um die grundsätzliche Frage der schwedischen EU-Mitgliedschaft sein. Deswegen wird es auch um die prinzipiellen Fragen der nationalen Souveränität und der Demokratie gehen. Wenn man dies berücksichtigt, wird die Auseinandersetzung hart werden und ihr Ausgang ungewiss sein.

Weiterführende Literatur

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato, M.A., Ludwig-Maximilians-Universität München.

Bjurulf, B.: „How did Sweden Manage the European Union?“ Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Working Paper C96, 2001 (http://www.zei.de/download/zei_dp/dp_c96_bjurulf.pdf).

<http://eu2001.se/main>.

http://finans.regeringen.se/propositionermm/sou/pdf/emu_summary.pdf.

Lindahl, R.: „Swedes volatile in question of EMU membership“, in *Economic Trends 2002*, Helsinki Statistics Finland.

Tallberg, J (red.): *När Europa kom till Sverige*, Stockholm 2002.